

Kleine Anfrage 2215

des Abgeordneten Péter Vida
BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

an die Landesregierung

Nachfrage zur Kleinen Anfrage 2114: Ungereimtheiten bei der Seenutzung in Grünheide

Nach Prüfung der Antwort der Landesregierung (6/5256) ergeben sich folgende Nachfragen:

Nach Darstellung der Landesregierung ist es unschädlich, wenn Unterlagen, über die abgestimmt wird, nicht vorliegen. Die Landesregierung begründet dies damit, dass die Mehrheit der Gemeindevertreter dies nicht moniert habe.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie ist dies mit grundlegenden demokratischen Prinzipien vereinbar? Denn hiernach kann jederzeit die Mehrheit beschließen, auf Lasten der Minderheit auf bestimmte Unterlagen zu verzichten. Jede demokratische Kontrolle und Opposition wären ausgeschaltet, weil die Mehrheit ihr Desinteresse an bestimmten Unterlagen der Minderheit aufzwingen kann, die dann ebenfalls keine Einsicht bekommt, weil es andere so wollen. Es wird daher um Überprüfung dieser unhaltbaren Antwort gebeten.

Nach Darstellung der Landesregierung ist es unschädlich, wenn Unterschriften vom Bürgermeister in der Hoffnung auf spätere Zustimmung durch das zuständige Organ, hier in Grünheide die Gemeindevertretung, bereits im Voraus geleistet werden.

Ich frage die Landesregierung:

2. Wozu gibt es dann – dieser Logik folgend – in Hauptsatzungen finanzielle Obergrenzen für Entscheidungen durch Bürgermeister? Oder ist eine Hauptsatzung nur als Empfehlung ohne jegliche rechtliche Konsequenz bei einer Nichtbefolgung anzusehen? Was würde im Fall einer späteren Nichtzustimmung durch die Gemeindevertretung passieren? Eine Unterschrift unter einen Vertrag kann hat Außenrechtswirkung. Es wird daher ebenfalls um Überprüfung dieser unhaltbaren Antwort gebeten.